

Türkische Polizei nimmt Dutzende bei verbotener Istanbul Pride fest

Bei einem in Istanbul verbotenen Pride-Marsch nahm die Polizei mindestens 30 Personen fest. Die Behörden drängen LGBTQ+-Veranstaltungen seit Jahren zurück. Berichte über die aggressive Polizeiaktion häufen sich.



Am Sonntag nahm die türkische Polizei in der zentralen Istanbul mindestens 30 Personen fest, die an einem **Pride-Marsch** teilnehmen wollten. Die Behörden hatten diese Veranstaltung im Rahmen eines jahrelangen Vorgehens gegen LGBTQ+-Veranstaltungen verboten, wie ein Oppositionspolitiker berichtete.

Konfrontationen mit der Polizei

Ein von Reuters erhaltenes Video zeigt, wie die Polizei mit einer Gruppe von Aktivisten, die Regenbogenflaggen hielten, im

Stadtzentrum aneinandergerät, bevor diese umstellt und in Polizeiwagen abgeführt werden. Kezban Konukcu, eine Abgeordnete der pro-kurdischen DEM-Partei, die am Marsch teilnahm, äußerte gegenüber Reuters, dass mindestens 30 Personen in Gewahrsam genommen worden seien.

Behördliche Reaktion und rechtliche Lage

Die Polizei reagierte zunächst nicht auf eine Anfrage nach Kommentaren zu den Vorfällen. Das zuständige Büro des Istanbulers Gouverneurs hatte den Marsch zuvor als illegal eingestuft und erklärt, dass Gruppen, die die Veranstaltung förderten, „illegal“ agierten. Seit 2015 haben die Behörden Pride-Märsche in der größten Stadt der Türkei verboten und hierbei Sicherheitsbedenken angeführt.

Politische Rhetorik gegen die LGBTQ+-Gemeinschaft

Die islamistisch geprägte AK-Partei von Präsident Tayyip Erdogan hat in den letzten zehn Jahren eine zunehmend harsche Rhetorik gegen die LGBTQ+-Gemeinschaft angenommen. Im Januar 2023 erklärte Erdogan das Jahr 2025 zum „Jahr der Familie“ und beschrieb die sinkende Geburtenrate in der Türkei als existenzielle Bedrohung. Er warf der LGBTQ+-Bewegung vor, traditionelle Werte zu untergraben.

Reaktionen von Menschenrechtsorganisationen

Erdogan äußerte: „Das Hauptziel der geschlechterneutralen Politiken, bei denen LGBT als Hebel verwendet wird, ist die Familie und die Heiligkeit der Familieninstitution.“

Menschenrechtsorganisationen haben die Haltung der Türkei verurteilt. Human Rights Watch und Amnesty International warnen, dass die öffentliche Rhetorik und Maßnahmen der Regierung eine feindliche Umgebung für LGBTQ+-Menschen

schaffen und zu zunehmender Diskriminierung und Gewalt führen.

Pride-Woche trotz Verbote

Trotz der Verbote setzen kleine Gruppen von Aktivisten jedes Jahr Zeichen zur Pride-Woche. Die Organisatoren argumentieren, dass die zunehmend aggressive Reaktion der Polizei eine breitere Repression gegen Dissens und die Versammlungsfreiheit in der Türkei widerspiegelt.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at